

Was gehört zum Erbe des Südwestens? Schloss Salem: FDP erwägt Verkauf von Kulturgütern ohne Bezug zum Land

Stuttgart/Salem. Wenn sich heute die Landes-Liberalen zum kleinen Parteitag auf Schloss Salem am Bodensee treffen, wird Brißantes diskutiert: Um den Kulturgüterstreit zu beenden und das gewaltig große Schloss zu erhalten, will die FDP prüfen, ob – unbeschadet der nach wie vor arbeitenden Expertenkommission – nicht doch einzelne Werke oder Gegenstände verkauft werden können.

„Sämtliche vorhandenen Sammlungen sollen darauf hin gesichtet werden, ob sie Werke oder Gegenstände enthalten, die keinerlei Bezug zum Land aufweisen und sich aus der jeweiligen Sammlung herauslösen lassen, ohne die Ziele der Sammlung oder die Sammlung in ihrer Substanz zu beeinträchtigen“, heißt es dazu in einem Antrag des Landesvorstands. „In diesen Fällen sind angemessene Formen

der Verwertung zu prüfen“, so der weitere Wortlaut. Daneben wollen die Liberalen „Sponsoren aus der Wirtschaft“ den Erwerb von Kulturgütern möglich machen, sofern diese bereit sind, die Gegenstände einer noch zu schaffenden Stiftung zum Erhalt des Schlosses Salem dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

In einem anderen Antrag, dessen Inhalt heute gleichfalls beschlossen werden soll, fordert die FDP unter anderem „den Erhalt von

Kunstgegenständen im Eigentum des Landes, wie etwa historische Handschriften, Gemälde oder Bibliotheken.“ Diese stellten wertvolle geschichtliche Wurzeln des Landes dar. „Für die FDP ist es daher eine zentrale kulturpolitische Aufgabe des Landes, für den Erhalt von staatlichem Kulturgut zu sorgen.“

Einen Widerspruch zwischen beiden Anträgen erkennt die FDP-Landesvorsitzende Birgit Homburger nicht. Verwertet werden solle schließlich allenfalls das, „was nicht wirklich

in die Sammlungen hineinpasst“. Denkverbote dürfe es nicht geben, betont sie.

Eindringlich warnt Homburger vor einem Kauf des Schlosses Salem durch das Land. Den Erwerb hatte Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) jüngst nicht ausgeschlossen. „Wer Schloss Salem kaufen will, muss wissen, welche Folgekosten das mit sich bringt“, sagt die FDP-Landeschefin. Der Unterhalt etwa des Heidelberger Schlosses verschlinge zwischen 2005 und 2007 gut vier Millionen Euro,

erklärt Homburger zum Vergleich. Heftige Kritik an den Ideen der Liberalen kommt von der SPD. „Die FDP hat offensichtlich nichts dazugelernt“, sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Nils Schmid.

Völlig unrealistisch sei die Annahme, Millionensummen durch den Verkauf vermeintlich weniger wichtiger Kulturgüter erzielen zu können. Die SPD schlägt in einem gestern eingebrachten Antrag die Errichtung einer Stiftung vor. Darin sollen Land, Haus Baden, die Bodenseeregion, die Wirtschaft sowie Privatleute gemeinsam für die Erhaltung und den künftigen Unterhalt des Schlosses sorgen. Eine Lösung dürfe nicht durch „vermeintliche Ansprüche des Hauses Baden auf baden-württembergische Kulturgüter belastet werden“.

Wolfgang Voigt